

## N O T I Z E N

aus der 14. Sitzung des Bundesrates vom 1. März 1966

---

Vorsitz: Hr. Bundespräsident Schaffner  
Abwesend: niemand  
Schriftführer: HH. Oser und Weber  
Protokolle: Keine  
Beginn: 9 Uhr Schluss: 11 Uhr 30

---

Schriftliche AnträgePolitisches DepartementSchweizerischer Beitrag an die Zypernaktion

Herr Spühler erinnert daran, dass Herr Wahlen die Kommissionen für Auswärtiges im November des letzten Jahres über die Auffassung des Bundesrates, dass die Zahlung als unser letzter Beitrag zu betrachten sei, orientiert habe. Der Sprechende habe seinerseits die Angelegenheit den Kommissionen für Auswärtiges vorgelegt und speziell Ausführungen in dem Sinne gemacht, wie sie im Antrag unter Ziff. IV "Erneuter Beitrag" zu finden sind (vorläufig letzter Beitrag). Die Kommissionen hätten zustimmend Kenntnis genommen.

Um Zeit für die Bereitstellung des Presserohstoffes für eine Pressekonferenz zu gewinnen, soll das Geschäft nochmals auf die Traktandenliste gesetzt werden. Der Beschluss sollte heute gefasst werden.

Herr Bonvin bemerkt, dass das FZD einverstanden sei mit dem Antrag und der angebrachten Reserve.

Herr von Moos ist in der Sache selbst einverstanden. Im Telegramm empfiehlt er folgende redaktionelle Aenderungen:

Statt "Es würde dem Bundesrat schwer fallen...", soll es heissen: "Der Bundesrat dürfte sich kaum dazu entschliessen....".

Der letzte Satz soll heissen: "Unter diesem Gesichtspunkt sei vorläufig der schweizerische Beitrag als letzter zu betrachten".

Der Herr Bundespräsident macht darauf aufmerksam, dass in englischer Sprache die gewünschte Aenderung zu scharf klingen würde. Im übrigen wird nach Antrag von Herrn Spühler entschieden, auch was die Presseorientierung betrifft.

Justiz- und PolizeidepartementGründung einer Sowjetbank in der Schweiz

Herr von Moos erinnert daran, dass das JPD im Bericht vom 26. Januar



seine Auffassung dargelegt hat. Der Sprechende sei etwas verwundert gewesen, über die Art und Weise, wie er vom Projekt Kenntnis erhalten habe. Er habe dies erfahren durch die Kopie eines Schreibens der Fremdenpolizei an das EPD. Er sei daher auch nicht über alle Details orientiert. Insbesondere interessiert ihn, was der Zweck der Gründung sein soll. Handelt es sich um den Ausbau der Handelsbeziehungen, nützt die Gründung dafür etwas, ist sie notwendig oder verfolgt sie andere Zwecke? Man könne mit Sicherheit annehmen, dass mindestens zusätzlich noch andere Zwecke verfolgt werden. Der Sprechende verweist auf die in Frankreich gemachten Erfahrungen, u.a. auch auf die Einwirkung auf die Fremdarbeiter. Er erwähnt weiter Versuche der Infiltration auf dem Pressegebiet, die in Genf unternommen wurden. Der Versuch in Genf, einen offiziellen russischen Pressedienst zu errichten, den man abgelenkt habe, sei dadurch umgangen worden, dass man den Pressebeamten auf der Botschaft anstellte, wo er nun Bulletins herausgeben wird. Die Russen benützen jedes Mittel, um sich irgendwo festzusetzen. Russische Funktionäre einer sogenannten schweizerischen Bank, sind Beauftragte des russischen Staates.

Andere ausländische Staaten haben in der Schweiz Zweigniederlassungen, bei denen man sich auf den Grundsatz der Reziprozität berufen kann. Eine solche ist aber in Russland nicht zu erreichen. Errichten die Russen aber eine eigene Bank in der Schweiz, dann kann man die Reziprozität überhaupt nicht verlangen. Die Bank wird dann allerdings der schweizerischen Rechtsordnung unterstellt, so auch dem schweizerischen Strafgesetzbuch. Es bestehen sehr ernstliche Bedenken, dass wir dann die russischen Bankbeamten wegen unerlaubtem Nachrichtendienst verfolgen müssen.

Herr von Moos ist gegen eine russische Bankgründung eingestellt, sieht aber ein, dass es schwer ist, rechtlich dagegen etwas zu machen. Ihm scheinen aber die Staatsschutzüberlegungen ausschlaggebender zu sein, als alle andern Erwägungen. Man müsse Mittel und Wege suchen, wie man eine solche Gründung verhindern kann. Man sollte erklären, dass nur die Zweigniederlassung einer russischen Bank in Frage komme und nur wenn die Reziprozität gewahrt werde. Abgeklärt werden müsste ferner, wie das Kapital beschafft wird, wie der Verwaltungsrat zusammengesetzt ist, welcher Zweck vorgeschützt wird.

Herr Spühler erklärt, dass wir in der Schweiz schon eine Reihe ausländischer Banken besitzen, die auf Grund des schweizerischen Rechts gegründet wurde. Diese Banken üben seit Jahrzehnten ihre Tätigkeit aus. Das geltende Recht gibt keine Handhabe, sie zu verbieten. Politisch ist die Lage so, dass wir an sich kein Interesse an einer sowjetischen Bankgründung haben. Die Möglichkeit, dass Gelder für staatswidrige Zwecke verwendet werden und dass Transaktionen vorgenommen werden, die wir nicht wünschen, besteht auch ohne eigene russische Bank. Man findet immer Persönlichkeiten, um solche Transaktionen durchzuführen. Was die Gefahr betrifft, dass sie ein Zentrum von Umtrieben werden könnte, so weiss man, dass fremde Staaten solche Umtrieben nicht durch Unternehmen durchführen, die wir kontrollieren können. Auch in den Botschaften ist es nicht der Botschafter selbst, der

die Spionage betreibt. So wird es auch mit der sowjetischen Bank sein. Es halte also schwer, eine rechtliche und politische Begründung für eine Ablehnung zu finden. Man hätte die grösste Mühe, der Sowjetunion zu erklären, warum wir das nicht zulassen können. Man könne nicht aus blossen Befürchtungen heraus die Bankgründung verbieten. Das EPD glaube, dass die Verhinderung der Gründung für uns mit grösseren Nachteilen verbunden wäre. Die Nationalbank erhebt keine Einwendung. Die Tatsache, dass die Bankiervereinigung nicht dafür ist, sei kein triftiger Grund. Von den leitenden Bankiers habe man keine Stellungnahme gegen die Gründung erhalten.

Herr Bonvin stellt fest, dass wir durch unsere Neutralitätspolitik, durch unser Recht und den Umstand, dass wir die kommunistische Partei gestatten, ziemlich gebundene Hände haben. Die Möglichkeit, diese Partei zu finanzieren, bestünde für die Russen auch ohne eine solche Bank. Man könne heute nicht beurteilen, wie sich einmal die amerikanische Politik auswirken werde. Die Gründung der Bank kann nicht verhindert werden, doch stelle sich die Frage, welche Vorsichtsmassnahmen man im Hinblick auf die Staatssicherheit treffen kann.

Herr von Moos zählt, in Beantwortung einer Frage von Herrn Gnägi, eine Reihe von ausländischen Banken in der Schweiz auf, wobei es sich aber in Hauptsache um Zweigniederlassungen handelt. Doch ergibt sich daraus, dass die Sowjetbank als Gründung nicht aus dem Rahmen fallen werde.

Der Herr Bundespräsident stellt fest, dass die Russen keine der schweizerischen Bankenkontrolle unterstellte Bank brauchen, um auf allen Börsenplätzen machen zu können was ihnen gefällt. Man werde sie darauf aufmerksam machen müssen, dass nach unserem Recht die Kontrolle durch Staatsfunktionäre nicht möglich sei, sondern dass sie unserer Bankenkontrolle unterstellt sind. Man werde die Reziprozität verlangen. Dagegen könne man nicht einwenden, dass man böse Absichten vermute.

Für die Schweiz bedeute diese Gründung immerhin eine gewisse Anerkennung als Finanzplatz.

Das EVD würde vom Standpunkt wirtschaftlicher Beziehungen es heute nicht begrüssen, wenn man eine zu harte Antwort erteilen wollte. Könnte nicht das FZD noch mit einigen Spitzen der Bankenwelt sprechen?

Herr Tschudi bemerkt, dass Basel die stärkste kommunistische Partei in der Schweiz habe. Er wisse aber, dass die PDA nie direkt von Moskau abhängig war. Sie wurde von Frankreich geführt und heute von Italien aus. Finanziell hat sie von den Russen direkt nichts bekommen, sondern wahrscheinlich von Firmen, die mit Russland Handel treiben. Unter unseren Banken gibt es genügend solche, die eine solche Finanzierung machen würden.

Herr Chaudet teilt die Bedenken des JPD in starkem Masse. Die russische Bank wird ein Teil des Staates sein und ebenso sind ihre Beamten russische Staatsbeamten. Die Bankenkommission

werde mit dieser Kontrolle eine grosse Erschwerung ihrer Aufgabe erhalten. Der Sprechende ist sehr erstaunt, dass man den Antrag nicht als geheim behandelt hat.

Herr Gnägi bestätigt seine Aeusserung von der letzten Sitzung, dass er in Anbetracht der rechtlichen und politischen Situation der Gründung zustimmen könne. Könnte man erfahren, wie sich die Nationalbank geäußert hat? Mit den vorgeschlagenen Einschränkungen des Herrn Bundespräsidenten ist der Sprechende einverstanden. Die Note soll entsprechend ergänzt werden.

Herr von Moos wirft nochmals die Frage auf, was das eigentliche Ziel dieser Gründung sei? Er sei überzeugt, dass subversive Zwecke verfolgt werden. Man könne damit vielleicht die plumpe Finanzierung über Italien ablösen. Mit einer Bank könne man das viel besser tarnen, als wenn man den direkten Weg wähle. Ein Zweck der Bankgründung liege sicher hier. Zu prüfen und zu entscheiden ist, ob rechtliche Möglichkeiten bestehen, diese Gefahren zu verhindern. Wenn die Bank russische Beamten hat, so haben wir hier die Aufsicht durch Staatsfunktionäre. Es braucht keine zusätzliche Funktionärkontrolle. Die Bankkommission wird keine wirksame Kontrolle durchführen können.

Der Sprechende schlägt <sup>eventualiter</sup> vor, die Formulierung der Vorbehalten fremdenpolizeilicher Natur etwas zu verschärfen, indem man von den gegenwärtigen und künftigen Vorschriften spricht und auch auf die Personalbeschränkungs Vorschriften verweist. Der Vorbehalt der Reziprozität könnte nur in sehr allgemeiner Form erfolgen. Gesetzlich könnten wir diese nur bei Filialen geltend machen. Bei den amerikanischen Banken spielt die Reziprozität die ausschlaggebende Rolle, während sie hier so gut wie gar keine Rolle spielt. Deshalb ist der Vergleich schief. Auch wenn wir alle diese Gesichtspunkte erwähnen, müssen wir uns keine Illusionen machen. Es wäre nützlich, wenn man mit einem oder anderem Bankfachmann noch sprechen könnte. Ebenso wäre man froh, wenn man auch die Vernehmlassung der Nationalbank hätte. Könnte man unter diesen Umständen das Geschäft nicht aussetzen?

Der Herr Bundespräsident möchte dem FZD den Auftrag geben, noch gewisse Abklärungen vorzunehmen, insbesondere welchen Zweck die ganze Gründung habe. Die Russen dürften ein Interesse haben, auf einem solchen Handelsplatz vertreten zu sein und möchten vielleicht gewisse Geschäfte über diesen Markt machen. Es handelt sich um einen enorm staatskapitalistischen Staat. Man sollte auch abklären, welche Art von Geschäften sie machen könnten. Mit der Betätigung auf dem neutralen Finanzplatz Schweiz, wäre auch in diesem gewissen Sinne die Anerkennung unserer Neutralität verbunden.

Herr Spühler gibt bekannt, dass die Verhandlungen von der Nationalbank geführt worden seien. <sup>Schweizer</sup> Präs. habe der Delegation erklärt, dass nach schweizerischem Recht der Gründung <sup>Sowjetischen</sup> entgegenstehe. Die Russen erklären, es ginge ihnen einzig um den Ausbau der Handelsbeziehungen zwischen Sowjetrussland und der Schweiz und andern Staaten. Es sei nicht beabsichtigt,

- 5 -

andere Operationen ausserhalb der kommerziellen Tätigkeit zu unternehmen. Herr Schwegler habe Mitte Januar bei Herrn Micheli moniert. Die russische Delegation sei auch von Herrn Streuli empfangen worden, der erklärt habe, rechtlich stehe der Gründung nichts im Wege. Herr Spühler ist damit einverstanden, die Note zu ergänzen durch spezielle Betonung der Kontrolle durch die Bankenkommission. Ueber die Reziprozität soll ein unverbindlicher Satz für die Zukunft eingebaut werden. Wenn der jetzige Vorbehalt nicht genüge, hätte er auch gegen eine generelle Formulierung der fremdenpolizeilichen Vorschriften nichts einzuwenden.

Der Herr Bundespräsident regt an, noch einen Passus aufzunehmen, wonach man von der Erklärung der russischen Delegation Kenntnis genommen habe. Man sollte auch auf die Handelsgesetzgebung hinweisen und sich deswegen mit der Handelsabteilung in Verbindung setzen.

Das EPD soll auf das nächste Mal einen neuen Entwurf vorlegen und das FZD soll, weil man nun Zeit gewonnen hat, doch noch einige leitende Bankherren anfragen.

Herr von Moos beantragt, das Geschäft heute nicht zu erledigen. Die Mitteilung der Nationalbank soll den Mitgliedern des Rates ausgeteilt werden. Der neue Text muss noch einmal unterbreitet werden. Das EPD soll mit den Diensten des JPD Fühlung nehmen. Ebenfalls soll eine Presseorientierung vorbereitet werden.

Beschluss: Das Geschäft wird im Sinne der gewalteten Diskussion verschoben.

#### Kleine Anfrage Huber vom 9. Dezember 1965

Herr von Moos teilt mit, dass die ständerätliche Kommission hier Aenderungen vorgenommen hat. Man stellt nicht mehr ab, auf die Gesamtzahl der Zöglinge einer Anstalt. Daraus ergebe sich für den Bund eine grosse finanzielle Belastung.

Herr Gnägi fragt sich, ob man bei dieser Sachlage nicht zuwarten wolle, bis der Ständerat über die Anträge seiner Kommission Beschluss gefasst hat.

Herr von Moos hält dafür, dass es nicht nötig sei, zu warten.

Der Rat beschliesst nach Antrag.

#### Finanz- und Zolldepartement

##### Konversionsanleihe des Bundes

Dieses nicht auf der Traktandenliste figurierende Geschäft wird antragsgemäss erledigt.

#### Volkswirtschaftsdepartement

##### Revision des BRB vom 26.2.65 über die Begrenzung und Herabsetzung des Bestandes an ausländischen Arbeitskräften

Der Herr Bundespräsident ergänzt den Antrag vom 28. Februar 1966

- 6 -

durch mündliche Ausführungen. Man habe eine schiedliche Lösung mit einem Minimum von Dramatik gefunden. Die PTT werden mit 450 zusätzlichen Arbeitskräften durchkommen. Auch die Privatwirtschaft werde das nicht unbillig finden.

Herr Gnägi stellt fest, dass man auch die Möglichkeit gehabt hätte, den Gesamtbestand der Belegschaft um 5 % zu erhöhen. Er stimme aber dem Antrag zu. Man sollte der Presse gegenüber auch diese Möglichkeit der Lockerung erwähnen.

Der Herr Bundespräsident bemerkt, dass die Erhöhung um 5 % zu einer erheblichen Aufregung geführt hätte. Jetzt nehme man der Privatwirtschaft nicht noch eigene Leute weg. Die Presse werde sehr eingehend orientiert werden.

Herr Spühler fragt, ob diese 450 Personen für die PTT mit dem Beschluss des Parlamentes über den Voranschlag im Einklang stünden?

Der Herr Bundespräsident wollte zuerst nur auf den Budget-Beschluss hinweisen. Die jetzige Lösung mache aber noch das kleinere Aufheben. Das EMD habe keine Ausländer. Die SBB komme mit dem Beschluss durch. Bei der PTT käme man aus mit einer Erhöhung des Plafonds auf 5 %. Man nehme sie jetzt aber für einen Härtefall. Das Verhältnis 450 zu 400'000 sei das, was man auch für andere Härtefälle vorsehe.

#### Finanz- und Zolldepartement

##### Botschafts- und Gesetzesentwurf betreffend Beiträge an landwirtschaftliche Schulbauten

Der Herr Bundespräsident stellt fest, dass es sich um das best angelegte Geld handle, wenn man hier helfe. Einzelne landwirtschaftliche Schulbauten seien vordringlich und dürfen nicht allzulange warten, schon wegen des Druckes im Parlament.

Herr von Moos hält dafür, dass das FZD keinen Antrag stelle, sondern nur auf das Problem aufmerksam mache. Es sei unbefriedigend, wenn das FZD immer nur auf die Motion für die Kürzung der Bundessubventionen aufmerksam mache. Es wäre *vielleicht* richtiger, ~~Antrag für die Herabsetzung der Beiträge zu stellen.~~ Der Sprechende stimmt <sup>in diesem Falle</sup> dem Antrag des EVD zu und anerkennt auch die Dringlichkeit des Vorhabens.

*\* mit der Unterbreitung von Vorlagen zu warten, bis man klarer sieht.*  
Herr Bonvin bemerkt, dass man den Beschluss fasse, nachdem die erwähnte Motion bereits da war. Die Kommission Stocker glaubt, dass sie ihre Studie auf den Juni vorlegen könne. Er frage sich deshalb, ob es oportun sei, jetzt zu beschliessen? Man müsse auf die Relation der verschiedenen Schulen Rücksicht nehmen. Der Sprechende erkundigt sich, ob die Abteilung für Landwirtschaft ein Inventar aufgenommen habe über die bestehenden Pläne?

Der Herr Bundespräsident wird eine Notiz über diese Fragen <sup>zu</sup> stellen. Der Entwurf komme erst jetzt in die Gesetzgebung. Die nationalrätliche Kommission habe den Ausbau der Schulung bejaht.

- 7 -

Herr Chaudet bemerkt, dass es um die Anpassung des Regims der landwirtschaftlichen Schulen an die gewerblichen und kaufmännischen Schulen gehe. Die Vorschläge der Kommission Stocker sollen dann erst nachher Anwendung finden.

Herr Bonvin möchte nur, dass man das Problem in der Botschaft oder bei Behandlung der Vorlage in den Kommissionen und in den Räten erwähnt.

Der Herr Bundespräsident sichert zu, dass Hinweise auf den Bericht Stocker für die mündliche Berichterstattung vorbehalten werden.

Antwort auf die

Fall Primault. Antwort auf die Eingabe; Kleine Anfrage Weisskopf

Der Herr Bundespräsident stellt fest, dass das FZD mit der Fassung der Antwort des EMD einverstanden ist.

Der Herr Bundeskanzler fragt an, ob man nicht zuerst Herrn Primault antworten sollte.

Herr Chaudet ist damit einverstanden, doch sollte die Presse am Mittwoch Nachmittag die Unterlagen bekommen.

1. Brief an Fürsprecher Dr. Schorer

Auf Antrag von Herrn von Moos wird auf Seite 2 folgende Korrektur angebracht: "Auch wenn Oberstdiv. Primault keine Verletzung seiner Dienstpflichten vorgeworfen wird.....".

Auf Antrag von Herrn Gnägi werden die letzten zwei Zeilen des ersten Absatzes auf Seite 2 gestrichen. Mit diesen Aenderungen wird der Brief genehmigt.

2. Kleine Anfrage Weisskopf

In der neuen Fassung des EMD werden folgende Aenderungen vorgenommen: Absatz 2, 8. Zeile, die Worte: "lange zum voraus" werden gestrichen. In der 14. Zeile soll es heissen: "alle gewichtigen Umstände", statt "jeden gewichtigen Umstand". In der zweituntersten Zeile sollen die Worte "auf Rehabilitation" gestrichen werden.

Herr Gnägi stellt fest, dass in der Antwort nicht zum Ausdruck komme, dass Primault die verlangte Entschädigung für 3 Jahre nicht erhalte.

Herr Chaudet bemerkt, dass Herr Weisskopf nicht danach gefragt habe. Auf Vorschlag des Herrn Bundespräsidenten wird beschlossen, dem Präsidenten der Arbeitsgemeinschaft Mirage, Herrn Nationalrat Furgler, vom Antworttext im Sinne einer Mitteilung Kenntnis zu geben.

Der Herr Bundespräsident übernimmt diese Aufgabe.

Aussprachen

Verwaltungskontrolle

Die Aussprache wird auf die Sitzung vom Freitag verschoben.

U m f r a g e

- 8 -

Hr. C h a u d e tEventueller Auftrag an einen Korpskdt.

Der im Protokoll erwähnte Brief hat zirkuliert. Es wird beschlossen, ein neues entsprechendes Schreiben aufzustellen. Herr Chaudet wird mit der mündlichen Orientierung beauftragt.

Hr. S p ü h l e rAuslandschweizer-Artikel der Bundesverfassung

Herr Spühler stellt fest, dass man die Volksabstimmung noch vor den Ferien durchführen wollte. Nun erklärt die Neue Helvetische Gesellschaft, sie wäre dankbar, wenn man damit bis nach dem Auslandschweizertage warten würde. Die Kantone haben auf die Umfrage sehr zurückhaltend geantwortet. Herr Spühler beantragt, die Abstimmung auf den Oktober zu verschieben.

Der Herr Bundespräsident bemerkt, es gebe Gründe dafür und dawider. In Solothurn hätten die Auslandschweizer mit der Kritik an unseren Verhältnissen viel böses Blut gemacht. Wenn man schon verschiebe, dann müsse man auch darauf schauen, dass eine positive Tagung durchgeführt werde.

Herr Spühler erklärt, der Auslandschweizertag bezwecke, die Inlandschweizer auf die Probleme der Auslandschweizer aufmerksam zu machen. Die Tagung müsse so gelenkt werden, dass dieses Anliegen in den Vordergrund gestellt wird. Die Leute der NHG hätten schon das nötige Verständnis.

Hr. v o n M o o sFeier betreffend den Schluss des Konzils

Wie Herr von Moos mitteilt, finden in verschiedenen Bistümern solche Feiern statt. Der Bischof von Chur habe ihn gebeten, an der Feier vom <sup>22.</sup> Mai teilzunehmen und dort das Wort zu ergreifen. <sup>in Chur</sup>

Der Rat hat keine Einwendungen zu erheben. (s. Beschlussprotokoll)

Vietnam-Konferenz in Genf, Sicherheitspolizei

Herr von Moos erinnert daran, dass in der letzten Sitzung im Zusammenhang mit der Frage einer allfälligen Vietnam-Konferenz, das JPD es übernommen habe, dem Rat einen Zwischenbericht in der Frage einer Sicherheitspolizei in Aussicht zu stellen. Nun sei aber bereits ein Antrag an den Bundesrat zu erwarten, so dass der Zwischenbericht dahinfallen könne.

Der Rat ist einverstanden.

Hr. G n ä g i



- 9 -

Beteiligung an der Begräbnisfeier von Nationalrat Strahm

Es wird festgestellt, dass Herr Gnägi an der Trauerfeier privat teilnehmen kann.

Anfrage Heli-Swiss

Der Rat ist damit einverstanden, dass man für einen russischen Helikopter eine Demonstration in der Schweiz in der Zeit vom 5. - 15. April gestattet. (s. Beschlussprotokoll).

PräsidialvorbringenSwiss-Center in New York

Der Herr Bundespräsident teilt mit, dass Herr Wahlen den Auftrag des Bundesrates, ihn an dieser Veranstaltung zu vertreten, sehr gerne übernimmt. (s. Beschlussprotokoll).

Schweizerische Bootschau in Zürich

Der Herr Bundespräsident teilt mit, dass von dieser Veranstaltung Freikarten zur Verfügung gestellt wurden, die auf Wunsch bei der Bundeskanzlei bezogen werden können.

\* \* \*